

I.

Im Autopilot

Von der Trägheit der Demokratie



← Kapitel nachlesen

Polarisierung

Ein Prozess, der den Fortschritt
in die Klemme bringt

Polarisierung ist, wenn sich zwei Seiten nicht mehr zuhören, weil sie die Schnauze voll voneinander haben.

»Polarisierung ... ist eine lähmende Situation, ein Bürgerkrieg der Meinungen.«

(MICK JAGGER)

Gegensätzliche Meinungen lassen sich in einer komplexen Gesellschaft kaum vermeiden. Tatsächlich ist es sogar wünschenswert, dass man sich in Demokratien Kontroversen liefert. Wo kein Streit, da kein Fortschritt. Neuerungen gehen im Prinzip ja immer erstmal gegen den normativen Strich. Dass sie ihre Verbreitung über die argumentative Auseinandersetzung finden, ist insofern ein zentraler Mechanismus von Innovation. Gleichwohl kann dieser Mechanismus überdrehen. Zum Beispiel, wenn sich neue Normen verbreiten, mit denen beträchtliche Teile der Gesellschaft so gar nicht mitgehen können. Es können sich dann nämlich soziale Gruppen so weit voneinander entfremden, dass der Austausch von Argumenten zum Erliegen kommt. Der Gegner wird zum Feind – und dessen Standpunkte sind niemals richtig. Affekte bestimmen dann vermehrt den Diskurs; die Positionierung erfolgt zunehmend irrational: im Abgrenzungsmodus.

Die sozialen Medien beschleunigen die Mechanismen der Polarisierung noch. Eine hohe Vernetzungsdichte im interaktiven Umfeld sorgt dafür, dass sich digitale Stämme ständig aneinander reiben und gegenseitig abgrenzen. Wahrheit wird dabei zunehmend zu einer Frage identitärer Zu- und Abneigungen. Der Bullshit nimmt Überhand.



Am Beispiel der USA sieht man deutlich, in welche Bredouille es führen kann, wenn (vermeintlich) progressive Kräfte der Logik der Polarisierung nicht aktiv entgegentreten. Nicht nur lässt sich dort die Linke vermehrt zum Pingpong mit identitären Reflexen und damit zu postfaktischen Inhalten hinreißen – zum Schaden eines aufgeklärten Diskurses. Es rückt damit auch eine breite Mehrheit, die für einen größeren sozialen Wandel nun mal nötig ist, in weite Ferne. Und dieser Umstand wiegt umso schwerer, als die scheinbare Polarisierung zwischen links und rechts hintergründig auch ein kultureller Konflikt ist, der sich mitunter entlang sozialer Milieus sortiert. Grob gesagt: Die bildungsbürgerlich geprägte Linke verscherzt es sich zunehmend mit den unteren Klassen. Politische Distinktion ist hier der eigentliche Treiber. Nicht soziale Transformation.

Ein Sozialismus, der beim Anecken nicht die Regale umhauen will, hätte also zu beachten, wie die linke Polit-Kultur auf die Masse wirkt. Denn wo diese zu viele auf Abstand bringt, wird die sozialistische Anschlussfähigkeit beschränkt. Erstmal drin in diesem Sog, hilft nur noch eins: zu den linken Routinen auf Abstand gehen.

Identitätspolitik

Ein Begriff, der von der Linken
zur Karikatur gemacht wurde

Die feinen Unterschiede

Was ist mit linker Identitätspolitik gemeint?

- a) Eine Politik, die irgendwas mit subalternen Identitäten zu tun hat.
- b) Eine Politik, die der Ermächtigung subalternen Identitäten dient.
- c) Eine Politik, die das Richtige über subalterne Identitäten definiert.

Alle Antworten sind richtig. Irgendwie. Zumindest finden sich die drei Semantiken (und so manche mehr) im öffentlichen Diskurs. Es darf jedoch in Frage gestellt werden, ob das eine oder andere Verständnis so knusprig ist. So ist es etwa im linksliberalen Lager neuerdings zur Mode geworden, unter Identitätspolitik den Einsatz für bestimmte soziale Gruppen zu verstehen. Hier wird linke Identitätspolitik häufig einfach gleichgesetzt mit subalternen Interessenpolitik – und damit Wischiwaschi.

Diese Aufweichung vollzog sich offenbar als Abwehrreflex. Als sich nämlich zunehmend ein Unbehagen mit der linken Identitätspolitik artikulierte, wurde dieses tendenziell als Kritik an Feminismus, Antirassismus usw. einsortiert. So musste man sich selbst nicht hinterfragen. Dem Vorwurf, linke Identitätspolitik spalte die Gesellschaft,

wird denn auch routinemäßig damit begegnet, dass es doch Sexismus und Rassismus seien, die spalten. Linke Identitätspolitik diene der Gleichberechtigung aller!

Allein: Subalterne Interessen sind meist gar nicht der Stein des Anstoßes in der Kritik an Identitätspolitik. Zumindest nicht in ihrer aufgeklärten Form. Vielmehr richtet sie sich gegen bestimmte Praxen von Politik. Und zwar solche, die insofern spalten, als sie aufklärerische Standards untergraben.



Indem die identitätspolitische Linke ihre Kritiker zum Strohmann formte, machte sie den Begriff der Identitätspolitik zur Karikatur. Für viele Linke verschwimmt so, was die eigentlichen Merkmale jener Politik sind. Sie erscheint als bloße Antithese zu etwa den sexistischen oder rassistischen Schweinereien. In Wirklichkeit entwickelte sich die Identitätspolitik als spezifische soziale Praxis. Nicht die grobe Frage, für wen Partei zu beziehen ist, sondern *wie* diese Parteinahme zu erfolgen hat, war für sie konstitutiv.

Mit der Identitätspolitik, wie sie die späte Neue Linke gebar, betonte man nicht einfach subalterne Kämpfe. Sie war vor allem eine praktische Ausformung der Standpunkttheorie. Gewiss, deren Annahme, dass privilegierte Perspektiven die Wirklichkeit definieren und subalterne zu ermächtigen sind, ist prinzipiell zu bejahen. Doch da jene Ausformung durch das neulinke Primat von einer »Politik der ersten Person« gefiltert wurde, musste die Sache einen ziemlich schrägen *drive* bekommen.

Diese Kombi ergibt einen epistemischen Modus, der zum Irrationalismus neigt. Politische Wahrheiten werden hier nicht kraft Argu-

ment definiert, sondern qua Identität bestimmt. Heißt: Die Gruppenmerkmale eines Individuums entscheiden über seine Definitionsmächtigkeit.



Die Standpunkttheorie wird in ihrer identitätspolitischen Einfassung gegen die Aufklärung gewendet. Diese gründet ja auf einem universalen Wahrheitsverständnis, das weg will von derlei Essentialisierung. Wo sich Wahrheit relativ zu dem verhält, was ihr potentieller Verkünder verkörpert, wo Individuen zu Repräsentanten eines höheren subalternen Wesens gemacht werden, nehmen gefühlte Wahrheiten und tribale Projektionen zwangsläufig zu. Die Reflexionsfähigkeit nimmt ab.

Mit der Ausbreitung jenes epistemischen Modus in der politischen Kultur der Linken geht denn auch ein Verlust an diskursiver Qualität einher. Die Verflachung des Begriffs der Identitätspolitik selbst ist dafür ein gutes Beispiel. Diese hat indessen noch einen weiteren Tiefpunkt erreicht. Irgendwie sei doch jede Ideologie Identitätspolitik, hört man nun auch. Weil man sich da immer auch auf soziale Gruppen berufe. So auch bei Klassenpolitik. »Arbeiter« etwa, das sei ja auch eine Identität!

Würden Proleten aber wirklich Identitätspolitik machen, viele Linke wären *not amused*. Malocher, die ihnen ständig ihre bildungsbürgerlichen Privilegien aufrechnen und sie bei sozialen Fragen als klassistisch disqualifizieren, sind ihnen bisher erspart geblieben.

Jacinda Ardern

(1980–)

Jemand, der die Kiwis etwas
unkonventionell regierte

»Hätte sich denn der Verlauf der Ereignisse nicht geändert, wenn ... ein zufällig heruntergefallener Ziegelstein Robespierre erschlagen hätte; wenn eine Kugel Bonaparte niedergestreckt hätte? Werden Sie etwa den Mut haben, zu behaupten, dass der Ausgang der Ereignisse derselbe gewesen wäre?«

GEORGI PLECHANOW

»Über die Rolle der Persönlichkeit
in der Geschichte« (1898)

Ardern ist kein Bonaparte. Aber sie hat bereits Geschichte geschrieben. Als jüngster Premier, den Neuseeland je hatte, führte sie den Inselstaat mit einem Sonderweg durch die erste Zeit der Pandemie. Frühzeitig fuhr sie den Laden runter, zog schnell die Lockdown-Karte. Corona sollte keine Chance haben. Ob dies die richtige Strategie war und welchen Preis sie hatte, soll hier nicht beurteilt werden. Fakt ist: Aotearoa, wie die Māori Neuseeland nennen, hatte ein sehr spezielles Corona-Regime: Hartes Durchgreifen hielt die Zahlen gering – zugleich erhielt das Land im Tausch gegen internationale Mobilität größtmögliche Normalität. Insel hin oder her – angesichts

des Schlingerkurses fast aller demokratischen Regierungen war der rigorose Zero-Covid-Kurs in Very Down Under nicht selbstverständlich. Und man darf bezweifeln, dass es ebenso gekommen wäre, wenn sich Ardern nicht zum 40. Premier der Kiwis aufgeschwungen hätte. Man stelle sich nur vor, sie wäre nicht der Labour Party beigetreten, sondern einer anarchistischen



Gruppe. Dort hält man ja recht wenig davon, Personen mit Führungsstärken Verantwortung zu übertragen – oder ihnen überhaupt Einfluss zuzugestehen. Arderns politischer *impact*, er hätte sich so niemals entfalten können. Im Guten wie im Schlechten.